

# P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Zuwanderungsgesetz -

Dazu sagt die innenpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Irene Fröhlich:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 087.02 / 21.03.2002**

## **Rot-grün gestaltet das Einwanderungsland Deutschland!**

Mit der morgigen Bundesratssitzung könnte ein langer Prozess beendet werden, an deren Ende die Gestaltung des Einwanderungslandes Deutschland steht. Mit der Einbringung eines Einwanderungsgesetzes 1991 im Bundestag haben Bündnis 90/Die Grünen als erste politische Kraft die Initiative angeschoben, Einwanderung gesetzlich zu regeln, das Asylrecht zu sichern und die Integration zu fördern. Dies ist der Beginn auf dem Weg zur vollen rechtlichen und sozialen Gleichstellung von MigrantInnen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland.

Der jetzt zur Verabschiedung im Bundesrat stehende Gesetzentwurf läutet in vier zentralen Punkten einen von uns seit Jahren befürworteten Paradigmenwechsel ein:

- Der deutsche Arbeitsmarkt wird auf gesetzlicher Grundlage geöffnet für eine Arbeitskräftezuwanderung sowie für den Zugang von Selbständigen und Studierenden.
- Zum ersten Mal gibt es mit diesem Gesetz einen Rechtsanspruch auf Integrationsleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge und der Bund wird sich an den Kosten fair beteiligen.
- Aus humanitären Gründen Bedrohte erhalten eine Aufenthaltserlaubnis und damit eine Integrationsperspektive.
- Erstmals werden nunmehr nichtstaatlich bzw. geschlechtsspezifisch Verfolgte als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Eine von Schleswig-Holstein seit langem geforderte Härtefallregelung wird geschaffen.

**Grüne**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Zwar bedaure ich es, dass wir bei den schwierigen und langwierigen Verhandlungen von unseren bündnisgrünen Vorstellungen ein großes Stück abrücken mussten, dennoch darf jetzt nicht die Chance vertan werden, dem jahrzehntelangen Einwanderungsprozess in die Bundesrepublik Deutschland gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird nach den Studien des Bundesinnenministeriums, des Statistischen Bundesamtes und der demographischen Forschungsabteilung der Vereinten Nationen auch in den nächsten Jahrzehnten nicht ohne Einwanderung auskommen, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern. Nach übereinstimmenden Berechnungen der genannten Institutionen benötigen wir bis zum Jahr 2050 350.000 bis 500.000 Menschen, um die Bevölkerungszahl zu halten.

Der Gesetzentwurf wird trotz berechtigter Kritik an einzelnen Regelungen von wichtigen gesellschaftlichen Kräften getragen, wie den beiden größten Kirchen, großen Teilen der Arbeitgeberverbände, den Gewerkschaften und vielen Fachverbänden- und Organisationen. Wenn die Union morgen wiederum auf dem Rücken der MigrantInnen und Flüchtlinge Wahlkampf machen will und den Gesetzentwurf im Bundesrat blockiert, wird sie politisch ganz alleine stehen. Wer morgen gegen das Gesetz stimmt, stimmt auch gegen die Zukunft dieses Landes!

\*\*\*